

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Postgebühren 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 36 Rthl. mit Postbefreiung 45 Rthl. Inserate 5 Gg. Zeitungs 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redaktionsbrett die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 23.
Druckkosten der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Manuskript der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Artikel an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Fällen für Inf. Annahme: Otto Kriem, Universitätsstr. 22, Louis Böhler, Karolinenstr. 18, p. nur bis 1/2 3 Uhr.

№ 27.

Sonntag den 27. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 30. Januar a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagessordnung:

- I. Gutachten des Oekonomik-Ausschusses über a. die Neupflasterung der Wintergartenstraße, b. die vom Collegium gefürzten, vom Rathe aber aufrecht erhaltenen Budgetpostulate Conto 38, Ref. 20, 36 und 38, c. die Erklärung des Rathes auf das Monitum der Stadtverordneten gegen die Stadtkassenrechnung pro 1876 wegen Ueberschreitung der Etatpost für Trottoirpflasterung etc., d. eine Forderung für Unterhaltung des macadamisirten Tractes der Südstraße.
- II. Bericht des Oekonomik-Ausschusses über eine Kostenverwilligung durch die gemischte Deputation für Herstellung gepflasterter Uebergänge in der WeinstraÙe.
- III. Gutachten des Schulausschusses über a. Errichtung einer neuen Parallelschule zur Quinta der Nicolaischule und Unterbringung der beiden Sectionen in dem alten Johannisbospitalgebäude, b. eine Forderung für Ausbebung des neuen Gebäudes der höheren Mädchenschule.
- IV. Bericht des Finanzausschusses über den Stand der 1876er Anleihe und Gutachten über die Antwort des Rathes auf die Anfrage des Collegiums zu Conto 1 der Stadtkassenrechnung pro 1876 hinsichtlich der Socialgebühren beim Rathe.
- V. Bericht des Bauausschusses über Kostenverwilligung durch die gemischte Deputation für Reparatur der Grube im Gewandbaue.

Bekanntmachung.

Denjenigen Grundstücksbesitzern bei Garteninhabern, welche ihre Bäume, Sträucher, Hecken etc. bis jetzt nicht oder nicht genügend haben von Raupen säubern lassen, wird hierdurch unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 308, 2 des Strafgesetzbuches bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder entsprechender Haft aufgefordert, ungesäumt und längstens bis Ende Februar dieses Jahres gehörig rasen sowie die Raupenester vertilgen zu lassen.

Leipzig, am 19. Januar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Verordnung vom 10. Februar 1870 machen wir hiermit bekannt, daß der Kirchenverband zu St. Nicolai hier besteht aus folgenden Mitgliedern besteht:

- 1) D. J. Fr. Alfeld, Pastor, Vorsitzender,
- 2) Justizrath C. F. Dehne, Advocat, stellvertretender Vorsitzender,
- 3) Hofrath C. Em. von Bose, Gerichtsammann,
- 4) J. G. E. Föste, Buchbindermeister,
- 5) C. G. H. Friede, Zimmermeister,
- 6) C. H. G. Gock, Advocat,
- 7) D. B. Gräfe, Archidiaconus,
- 8) H. Th. Heber, Oberlehrer,
- 9) G. G. Jund, Polizeirath,
- 10) C. W. Landmann, Kaufmann,
- 11) E. H. G. Kott, Buchhändler,
- 12) C. Schrey, Advocat,
- 13) P. H. Wobbe, Buchbinder,
- 14) Dr. und Professor Th. Vogel, Rector des Nicolai-Gymnasiums,
- 15) Dr. Fr. Jarnke, Professor.

Leipzig, den 20. Januar 1878.

Der Kirchenverband zu St. Nicolai.
D. Fr. Alfeld.

Bekanntmachung.

Das von Fräulein Henriette Florentine Caspari gestiftete Stipendium, bestehend in den Rinsen von 2000 M nach Abzug der bei der Verwaltung erwachsenden Verläge, ist von uns auf 3 Jahre vom 1. Juli vor. J. ab zu vergeben und zwar an einem der Theologie, Philosophie, Pädagogik oder Medicin auf der Universität Leipzig oder auf einem Seminare sich widmenden unbesoldeten Jüngling, zunächst aber an einen Verwandten der Stifterin. Letztere, 1864 in Juidau verstorben, war die Tochter des 1815 hier verstorbenen Kaufmanns Traugott Immanuel Caspari und dessen Ehegattin Henriette Friederike geb. Schilbach aus Wölau.

Wir fordern diejenigen, welche sich als Verwandte der Stifterin um gedachtes Stipendium bewerben wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 15. Febr. d. J. schriftlich bei uns einzureichen, widrigenfalls sie für diesmal unberücksichtigt bleiben müßten.

Leipzig, den 24. Januar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Rescher Schmidt.

Bermiethungen in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

Von den am 8. December v. J. zur Bermiethung vertheilten Abtheilungen Nr. 11, 12 der Fleischhalle am Hospitalplatze ist die erste unter Ablehnung der darauf gethanen Höchstgebote einem nachfolgenden Bieter, die letztere aber überhaupt gar nicht zugeschlagen worden und es werden daher in Gemäßheit der Bermiethungsbedingungen die unberücksichtigt gebliebenen Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

Zur Bermiethung der nicht zugeschlagenen Abtheilung Nr. 12 vom 2. März d. J. an, sowie der von uns für den 19. April d. J. gefälligen Abtheilung Nr. 7 der obenannten Fleischhalle gegen dreimonatliche Kündigung beraumen wir einen anderweitigen Bermiethungstermin auf

Dienstag den 29. d. M. Vormittags 11 Uhr

an, zu welchem Miethlustige sich an Rathshofe einfinden und ihre Miethgebote thun wollen. Die Bermiethungs- und Bermiethungsbedingungen liegen ebendasselbst schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 16. Januar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Die bei dem hiesigen Leibhause in den Monaten October, November, December 1876, Januar, Februar, März 1877 vertheilten und erneuerten Pänder, die weder zur Befreiung noch bis jetzt eingelöst wurden, sollen den 1. März und folgende Tage dieses Jahres im Parterre-Local des Leibhauses öffentlich vertheilt werden.

Es können daher die in den genannten Monaten vertheilten Pänder (sämtlich den 29. Januar d. J. und nur unter Mitrichtung der Auktionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark des Darlehns eingelöst, oder nach Befinden erneuert werden.

Vom 30. Januar d. J. an, an welchem Tage der Auktionskatalog geschlossen wird, kann die Einlösung derselben nur unter Mitrichtung der Auktionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der ganzen Forderung des Leibhauses stattfinden, und zwar nur bis 23. Februar d. J., von welchem Tage ab Auktionspänder unwiderruflich wieder eingelöst noch prolongirt werden können.

Es hat also vom 25. Februar d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pänder zu verlangen, und können sie daher von den Eigentümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erlösend wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösend und Bertheilens anderer Pänder während der Auktion in den gewöhnlichen Localen seinen ungehinderten Fortgang.

Leipzig, den 18. Januar 1878.

Der Rath Deputation für Leibhaus und Sparcasse.

Leipzig, 26. Januar.

Endlich wird es wieder Licht im Osten! Wir hatten uns fast schon daran gewöhnt, von dorthin, wo seit lange gewitterschwüle Wolken lagerten und sich Schlag auf Schlag entluden, nur Düsterniß und Schlimmes zu erfahren. Um so freudiger sind wir überrascht, um so froher athmen wir auf, wenn wir nun mit Einem Male eine gute Botschaft aus dem Orient erhalten, die Botschaft, daß der Friede wieder seinen Einzug halten wird auf den weiten Fluren, die im letzten Jahre der Krieg so schrecklich heimsuchte. Noch gestern schien der Horizont, anstatt sich aufzuhellen, sich erst recht zu verdütern; der Krieg drohte sich durch den Hingutritt von England einer- und Griechenland andererseits bedenklich zu verwickeln und auszubreiten. Die am späten Abend eingetroffene Nachricht, daß die Flotte die russischen Friedensbedingungen angenommen, fand daher nicht den rechten Glauben. Sollte die Krisis gerade auf ihrem gefährlichsten Höhepunkte plötzlich eine Wendung zum Guten genommen haben? Es schien schwer glaublich, und dennoch verhielt es sich so; die heute eingegangenen Nachrichten bestätigen vollauf den Sieg der Friedensstimmung. Das eine Telegramm kommt aus Konstantinopel, ist von gestern Abend datirt und meldet kurz: „Die Flotte nahm die Bedingungen Rußlands an.“ Die Friedenspräliminarien sollen morgen in Adrianopel unterzeichnet werden, wobei sich die Bevollmächtigten begehen haben.“ — Und aus London wird unterm heutigen Datum telegraphirt: „Im Oberhause erklärte Lord Beaconsfield: Da die russischen Bedingungen eingetroffen sind, welche die Grundlagen für den Waffenstillstand bilden, so ist der Beschluß zum Abgang der Flotte nach den Dardanellen widerrufen worden.“

Hierdurch sind alle früheren Nachrichten überholt, alle daran geknüpften Vermuthungen und Befürchtungen entkräftet. Da die Friedensbedingungen Rußlands vorläufig noch geheim gehalten werden, so fehlt es an Anhaltspunkten für die Beurtheilung dieser glücklichen Wendung. Es läßt sich aber denken, daß die russischen Bedingungen denn doch nicht so hart und übermäßig sein können, als man im türkischen und türkenfreundlichen Lager besorgt hatte, und daß namentlich auch den englischen Interessen die gebührende Beachtung und Schonung zu Theil geworden ist. Nachrichten aus Wien und Konstantinopel bestätigen Ersteres ausdrücklich, und was England betrifft, so spricht die Thatsache, daß Beaconsfield selbst seine Actionspolitik fallen läßt und vom Schutze der Dardanellen absieht, deutlich genug. Unter diesen Umständen läßt sich hoffen, daß, wenn einmal die Präliminarien unterzeichnet sind, auch der

endgültige Friede nicht lange auf sich warten lassen und daß der Congreß, dem die Fragen wegen der Abgrenzung Bulgariens und der Desnung der Meerengen vorgelegt werden sollen, seine Arbeiten bald zum Ziele führen wird.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. Januar.

Auf Grund eines und zugegangenen Privattelegramms meldeten wir bereits gestern, daß dem Bundesrathe eine Vorlage betreffs der Organisationsfragen im Reiche zugegangen sei. Wir finden Das heute in der „Post“ bestätigt, welche unterm 25. Jan. berichtet: „In einer unter dem Vorsitze des Staatsministers Hofmann heute abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden folgende Vorlagen: a. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, b. Entwurf eines Gesetzes wegen des dem Reich gebliebenen, in der Poststraße zu Berlin gelegenen Grundstücks, c. Antrag, betreffend die Lage des Gotthardt-Eisenbahn-Unternehmens, d. Uebersicht über den Stand der französischen Kriegskosten-Entschädigung an die zuständigen Ausschüsse bezogen.“ Eine weitere Vorlage, betreffend die Ausweitung der den Bundesstaaten bis zum Ende December 1877 überworfenen Beiträge an Reichsmünzen, wurde zur Kenntniß genommen, ebenso eine Mittheilung, betreffend die Prüfung der Arbeiten am Gotthardt-Tunnel. Sodann erfolgte mündlicher Bericht des VI. Ausschusses über den Antrag wegen Abschusses eines Auslieferungsvertrages mit Spanien. Dem Ausschussantrag entsprechend erklärte sich die Versammlung mit dem Abschluß eines solchen Vertrages einverstanden. Außerdem ist, wie wir hören, dem Bundesrathe heute eine Vorlage bezüglich der Organisationsfragen im Reiche zugegangen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche das Sensationsgerücht der „Promb. Ztg.“ von der Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts nicht ohne heftiges Schmunzeln abdruckte, muß dieses Gerücht jetzt selbst widerrufen und tritt den Rückzug in folgender Notiz an: „Die gestern wieder-gegebene Berliner Meldung der „Promberger Zeitung“, die Absicht einer Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts betreffend, ist selbstverständlich ganz und gar aus der Luft gegriffen, und hat somit eben nur den Werth, welchen wir derselben von vornherein beigemessen hatten: den eines Symptoms (?) der Stimmung und der augenscheinlich oft aus Groteske streifenden Gerüchte im national-liberalen (?) Lager.“

Mit Bezug auf die Herrmann'sche Angelegenheit meldet man jetzt der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin, 25. Januar: Wir glauben bestimmt zu

wissen, daß die anderweitig aufgetretene Nachricht, der Präsident Dr. Herrmann werde seine Entlassung erhalten und der Präsident des Königsberger Consistoriums, Wallhorn, sei zum Präsidenten des Oberkirchenraths designirt, nicht zuverlässig ist. In der Angelegenheit des Dr. Herrmann hat sich seit der Ueberreichung des Entlassungsgesuches Nichts zugegetragen; die Entscheidung des Kaisers steht aus und die Frage, wer in des Präsidenten Stelle einrücken werde, falls der Kaiser das Herrmann'sche Gesuch annimmt, ist, wie es heißt, amlich höher nicht erörtert worden. Hiernach erwies sich die Mittheilung, es sei ernstlich an Wallhorn (Königsberg) gedacht, als Combination.

Der Verein zur Förderung des Gewerbestreikes, bekanntlich einer der ältesten und berühmtesten Vereine Berlins, feierte am 24. Januar, am Geburtsstage seines ersten Protector's, Friedrich's des Großen, sein Stiftungsfest mit einem zahlreich besuchten Banquet. Der Vorsitzende des Vereins ist bekanntlich der frühere Staatsminister Delbrück, der seit seinem Rücktritt von dem hohen Posten, welchen er in der Reichsregierung einnahm, wieder mehr als bisher sich den Geschäften des Vereins widmen konnte, welchem er seit einer langen Reihe von Jahren angehört. Delbrück brachte das Hoch auf den Kaiser aus. So sehr wir, sagte Delbrück, die auch in diesem Jahre noch fortdauernde Ungunst der gewerblichen Lage erkennen müssen, so können wir doch die Anfänge eines gesunden Fortschrittes von innen heraus constatiren. Um diesen Fortschritt anzubahnen und zu ermöglichen, dazu bedurfte es vor Allem der äußeren Ruhe, die auch in diesem Jahre unserem Vaterlande erhalten geblieben ist. Auf einem anderen Punkte unseres Continents sind, wie Sie wissen, meine Herren, die Kriegsmoogen hoch gegangen, während wir Frieden im Hause hatten, und noch jetzt dauert der Kampf fort und die letzte Entscheidung steht aus. Und mit dem größten Theile Europas blieb der Friede, die erste Bedingung segensreichen Schaffens, erhalten, und wenn auch in diesem Augenblicke die künftige Entwicklung im Orient noch zweifelhaft ist, so sind wir doch in der Lage, hoffen zu dürfen, daß der Friede erhalten bleibt. Diesen großen Segen aber verdanken wir, meine Herren, zum großen Theile unserem allergnädigsten Herrn, dem Kaiser. Wie wahr hat sich schon das Wort erwiesen, welches er einst sprach: Ein mächtiges, geeinigtes Deutschland bildet die sicherste Gewähr für den Frieden Europas! Was kann es Schöneres geben, als nach einem langen Leben voll glorreicher Thaten, auf der Höhe des Ruhmes angelangt, sich zu beschränken und darauf allein bedacht zu sein, in Ruhe und Frieden die bestehende Wohlfahrt zu erhalten! Zu all den Gefühlen der Anhänglichkeit, der Liebe

und Treue, welche wir stets zu unserem erhabenen Kaiser heget haben, gesellt sich nun auch noch das innige Gefühl der Dankbarkeit für die Erhaltung des höchsten Gutes, des Friedens! Se. Majestät der Kaiser lebe hoch! — Die Versammlung erhob sich und stimmte rauschend ein.

Aus Karlsruhe, 25. Januar, wird gemeldet: Die II. Kammer hat den von den Reichstagen gestellten Antrag auf Nachzahlung bez. Wiederauszahlung der im Jahre 1875 gestrichenen erzbischöflichen Dotation und ebenso auch den Antrag der Reichstagen auf Abänderung des Gesetzes über Vorbildung der Geistlichen abgelehnt. Seitens der Regierung wurde bezüglich dieses Gesetzes erklärt, dasselbe werde nicht eher abgeändert werden, als bis die Curie das Verbot der Staatsprüfung oder die Dispensnachsuchung zurücknehme. Der Abg. Hans-jacob, welcher katholischer Priester ist und der liberalen Fraction angehört, äußerte sich dahin, daß die Curie im Interesse des kirchlichen Friedens, im Interesse des Alerus und im Interesse des katholischen Volkes nachgeben müsse. Diese Erklärung des Abg. Hans-jacob erregte große Sensation. Präsident Riefer kündigte an, daß er die Ausschließung der katholischen Priester von der badischen Volksvertretung beantragen werde, falls dem Abg. Hans-jacob wegen seines heutigen Auftretens auch nur ein Haar gekrümmt werden sollte.

Die zweite bayerische Kammer bericht am 25. Januar über den Etat des Ministers des Innern. Bei der Generaldiscussio kam der Abg. Jörg auf die f. J. erfolgte Beantwortung der Interpellation Schels über die Wahlgesetzreform jurid, erinnerte daran, daß die im Landtagsabschiede von 1870 gemachte Auflage von der Regierung nicht erfüllt worden sei und behauptete, daß die Regierung ein Interesse daran habe, den jetzigen wahlrechtlichen Zustand fortzusetzen zu lassen. Minister v. Pfeuffer wies diese Behauptung unter Hervorhebung der Umstände zurück, an denen ohne Schuld der Regierung die Wahlgesetzreform gescheitert sei. Zu längeren Debatten führten dann noch die Klagen der Abgeordneten Seig, Schels und Kistler über den Schuß, der dem Freimaurerwesen gewährt werde, denen der Minister ebenfalls entgegen trat. Bei der Specialdiscussio wurde der Dispositionsfonds des Ministers des Innern mit 78 gegen 71 Stimmen abgelehnt; 6 Mitglieder der liberalen Partei fehlten bei der Abstimmung.

Ueber die Krisis in Oesterreich schreibt die Wiener „Presse“ unterm 24. Januar: Unser innerer Ausgleichsconflict hat sich im Verlaufe des heutigen Tages zu vollster Schärfe zugespitzt. Drei Hauptgruppen der verfassungstreuen Partei des Abgeordnetenhauses haben sich gegen die Annahme der Finanzvölle in jener Höhe, wie sie zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung als